

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): Massnahmen zur Eindämmung politischer Irrläufe von Exekutivmitgliedern der Gemeinde Bern

Die Sicherheits- und Ordnungsphantasien der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie, die der Öffentlichkeit zu Beginn dieses Jahres kommuniziert worden sind – insbesondere die Überlegungen zur Institutionalisierung einer Bürgerwehr, zur Aushöhlung der Versammlungsfreiheit und zur Kommunikationsabotage des Mobilfunkverkehrs – spotten nicht nur jeder rechtsstaatlichen Vorstellung, sondern vermitteln aus offizieller Quelle ein Bild der Berner Politik, das dazu angetan ist, die Bevölkerung zu verunsichern und das Ansehen der Stadt Bern nachhaltig zu schädigen.

Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um den bereits angerichteten Schaden zu begrenzen und um sicher zu stellen, dass vergleichbare politische Irrläufe von Mitgliedern der Exekutive künftighin unterbleiben?

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts der Tragweite der jüngsten politischen Entgleisungen ist es mit beschwichtigenden und relativierenden Einzelstimmen aus dem Gemeinderat nicht getan. Gerade im Hinblick auf bevorstehende Grossereignisse – WEF, Eröffnung des neuen Bahnhofsplatzes, EURO 08 – mit nicht unwesentlichen sicherheitspolitischen Aspekten ist eine eindeutige Regelung unabdingbar.

Bern, 24. Januar 2008

Interpellation Rolf Zbinden (PdA), Luzius Theiler, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Emine Sariaslan, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Miriam Schwarz

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat und seine Mitglieder sind sich ihrer Kompetenzen bezüglich Kommunikation bewusst. Im vom Interpellanten angesprochenen Vorgehen im Zusammenhang mit der von Gemeinderat Stephan Hügli veröffentlichten Sicherheitsagenda sieht er keine Kompetenzüberschreitung.

Es scheint weder unangebracht noch unüblich, dass Gemeinderatsmitglieder Anfang Jahr ihre Vorstellungen und Gedanken zu spezifischen Themen kommunizieren. Dass hierbei thematische wie auch politische Schwerpunkte gesetzt werden, welche auch neue Ansätze beinhalten, liegt in der Natur der Sache.

Herr Gemeinderat Stephan Hügli kommunizierte am 4. Januar 2008 seine Sicherheitsagenda in seiner Funktion als Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE). Weder der Inhalt noch die Art des Kommunizierten widersprachen dabei den Gepflogenheiten oder Regeln des

Gemeinderats. Entsprechend sieht sich der Gemeinderat weder zum Ergreifen von Massnahmen noch zur Etablierung zusätzlicher Regeln veranlasst.

Bern, 21. Mai 2008

Der Gemeinderat